

## Lesermeinungen im Vorfeld der Gemeindeversammlung Neuheim

### Zur heute Abend stattfindenden Versammlung

Als ich vor rund 60 Jahre mit meiner Familie nach Neuheim kam, interessierte mich die Gemeindepolitik sehr und ich schloss mich einer Partei an. Damals war der politische Stil in der Gemeinde nicht gerade von gemeinsamen Sinnen nach der besten Lösung für die finanzarme Gemeinde geprägt. Vor Abstimmungen und Wahlen wurde oft Flugblätter – heute Flyer – mit viel Bos- und Falschheiten gestreut. Parteipolitik stand über Sachpolitik. Dieses undemokratische Uding verschwand in den letzten Jahren. Dass sich die Ge-

schichte wiederholt, ist eine Binsenwahrheit. Und tatsächlich wurden die Briefkästen auf die Gemeindeversammlung vom Dienstag hin, die einige gewichtige Geschäfte für die Zukunft der Gemeinde und deren Finanzen beinhaltet, wieder einmal mit anonymen Belehrungen geflutet. «Engagierte Gemeindeglieder» haben diese verfasst und «unterzeichnet».

Das höchste Gut unseres Landes ist doch die direkte Demokratie, die meine ich, anders aussieht. Der Gemeinderat hat mit der Einladung über die Geschäfte und die finanzielle Zukunft orientiert, in den Parteien, aber auch in Gruppen von Parteilosen wird

darüber diskutiert. Dann auf an die Gemeindeversammlung, wo jede und jeder seine Argumente präsentieren und Fragen stellen kann. Dann wird mit Handmehr entschieden, und der Entscheid wird akzeptiert – das ist direkte Demokratie. Anonyme Flyer schaden dem Zusammenleben und sind zu verachtende Versteckspiele. Ich freue mich, am Dienstag Argumente und Einwände zu hören und zu sehen, die ein Gesicht haben.

Werner Grond, Neuheim

Im Budget für das Rechnungsjahr 2025 legt der Gemeinde-

rat Neuheim eine Rechnung mit einem Einnahmenüberschuss vor. Dies, obwohl gebundene Ausgaben von mehreren Millionen geplant sind. Die Steuereinnahmen werden tiefer als im Vorjahr budgetiert, obwohl die Bevölkerung stark gewachsen ist – dies mit dem Hinweis auf die 8. Steuerrevision. Obendrauf werden nochmals 700'000 Franken in die Reserven für zukünftige Bauvorhaben gesteckt. Diese Reserven betragen 2022 bereits 2,75 Millionen Franken. Rechnet man die 350'000 Franken aus dem Budget 2024 dazu, kommt man auf einen Betrag von 3,1 Millionen Franken, hier werden nochmals 700'000

Franken im Budget 2025 dazukommen. Insgesamt werden diese Reserven also auf 3,8 Millionen Franken ansteigen. Eine komfortable Ausgangslage für zukünftige Bauvorhaben, und das alles bei sinkenden Zinsen.

Es gibt deshalb absolut keinen Grund, noch weitere Steuern auf Halde einzunehmen. Der Steuerfuss ist deshalb um mindestens 3 Prozentpunkte zu senken. Damit würde das Budget ungefähr ausgeglichen abschliessen und der Abstand zu den anderen Gemeinden wird etwas verringert.

Walter Ulrich, Delegierter Die Mitte Kanton Zug, Neuheim

## Eine Chance für kluge Köpfe

«Wer EU-Arbeitskraft einstellt, soll 10'000 Franken zahlen», Ausgabe vom 30. November

FDP-Nationalrat Simon Michel schlägt vor, Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitenden eine Gebühr von 10'000 Franken für die Anstellung von EU-Arbeitskräften aufzuerlegen. Dieser Ansatz hat das Potenzial, die Diskussion um die Bilateralen III neu zu beleben. Anstatt reflexartig abzulehnen, sollten wir prüfen, wie wir diesen Vorschlag gezielt zum Vorteil der Schweiz nutzen können.

Die EU kritisiert, dass EU-Studierende in der Schweiz deutlich höhere Studiengebühren zahlen als Schweizer. Gleichzeitig hat sie signalisiert, dass sie uns in der Zuwanderungsfrage entgegenkommen könnte – jedoch nur, wenn wir bei diesen Studiengebühren Zugeständnisse machen. Hier kommt mein Vorschlag ins Spiel: Die Einnahmen aus der «Zuwanderungsgebühr» könnten genutzt werden, um die höheren Studiengebühren der EU-Bürger auszugleichen.

Dies würde gleich zwei Vorteile bringen: Unsere Hochschulen blieben für die besten Talente Europas attraktiv, was unsere Innovationskraft stärkt und langfristig hochqualifizierte Fachkräfte in die Schweiz zieht. Gleichzeitig könnten wir die Verhandlungen mit der EU konstruktiv voranbringen und die für die Schweiz so wichtigen bilateralen Abkommen sichern.

Wichtig ist, dass KMU von der Gebühr ausgenommen sind, um keine unnötige Belastung für kleinere Unternehmen zu schaffen. Dieser pragmatische Ansatz zielt darauf ab, unseren Wohlstand langfristig zu sichern und ideologische Grabenkämpfe zu vermeiden. Simon Michels Vorschlag bietet die Chance, über einfache Forderungen hinauszugehen und eine zukunftsgerichtete Lösung zu präsentieren. Mein Vorschlag zur Verwendung der Gebühr für Studiengebühren ist ein konkreter Weg, wie wir von dieser Idee profitieren können. Jetzt ist der Moment, klug zu handeln – für die Schweiz, ihre Innovationskraft und die nächste Generation.

Cédric A. Schmid, Unternehmer und alt Präsident FDP Kanton Zug, Zug

## Kräne tauchen aus dem Nebelmeer auf



Unserer Leserin ist kürzlich in Baar diese sehenswerte Aufnahme gelungen.

Bild: Priska Emmenegger Krause

## Standpunkt

# Zug und der Weg zu Netto-Null: Mut zur Veränderung?

Die Frage ist nicht, ob wir die Energiewende schaffen, sondern wann. Eine Alternative gibt es nicht. Die Schweiz ist aktuell rund doppelt so stark vom Temperaturanstieg betroffen wie der globale Durchschnitt und die Folgen der Klimaerwärmung werden immer spürbarer. Die Schweiz hat sich zum Ziel gesetzt, bis ins Jahr 2050 eine ausgeglichene Treibhausgasbilanz aufzuweisen (Netto-Null). Dazu braucht es die Energiewende und hierfür alle: Bund, Kantone, Städte und Gemeinden. Natürlich auch Europa und die Welt, aber fokussieren wir uns auf unseren Beitrag.

Wo stehen wir auf dem Weg zu Netto-Null 2050 und was ist die Rolle der Stadt Zug? Die drei Hauptemittenten sind der Verkehrs-, Gebäude- und Industriesektor. Beim Gebäude- und Industriesektor sind

wir mehr oder weniger auf Kurs. Doch noch immer erfolgt rund drei Viertel der Wärmeerzeugung in der Stadt Zug über fossile Brennstoffe. Das muss sich ändern und dafür braucht es ein proaktives Handeln. Die Stadt Zug hat es definitiv in der Hand, insbesondere im Gebäudesektor noch vorbildlicher voranzugehen: Mit beispielsweise einer aktiveren Förderung von Wärmeverbänden, einem noch interessanteren Förderprogramm, dem Einbezug der grauen Energie, gezielten Verboten oder restriktiven Vorgaben bei Bebauungsplänen.

Der Verkehrssektor bleibt das Sorgenkind. Hier sind wir nicht auf Kurs. Die Elektrifizierung stockt, auch weil Falschinformationen über Batterien die öffentliche Meinung beeinflussen. Gerade in diesem Bereich hat Zug viel Potenzial: Warum

nicht endlich das Velo als zentrale Lösung stärken und ein durchgängiges, sicheres Netz schaffen? Oder den öffentlichen Verkehr ausbauen und priorisieren? Ein neues Verkehrsregime mit Einbahnen könnte den Autoverkehr besser lenken und Raum für den Fuss- und Veloverkehr schaffen. Auch innovative Ansätze wie Mobility Pricing bieten grosse Chancen. Die Stadt Zug könnte in diesem Bereich eine Pionierrolle einnehmen – mit einem klaren Statement für die Zukunft. Andere Städte wie Kopenhagen oder Amsterdam zeigen, wie mutige Verkehrspolitik zu messbarem Erfolg führen kann.

Ein positives Beispiel ist der Bebauungsplan Geviert GIBZ, über den wir bald abstimmen. Im Hochhaus Pi wird autoarmes Wohnen Realität. Aber auch in anderen Bereichen wie

dem preisgünstigen Wohnungsbau setzt der Bebauungsplan neue Massstäbe.

Unsere fossil geprägte Welt ist eine unfaire Welt. Nur wenige profitieren, während die Auswirkungen alle treffen. Dabei ist längst klar: Die Technologien für die Energiewende stehen bereit. Was fehlt, ist der Mut, sie konsequent umzusetzen. Ich habe den Eindruck, dass wir noch immer auf die perfekte Superlösung warten. Das Problem ist nur, die Zeit dazu fehlt. Studien zeigen, dass Wirtschaftswachstum und Treibhausgasemissionen nicht miteinander verknüpft sind. Einer fossilfreien Welt steht also eigentlich nichts im Wege, ausser ein paar wenige, mächtige Riesenkonzerne. Zug könnte ein leuchtendes Beispiel dafür sein, wie Wandel gelingt – wirtschaftlich, sozial und ökologisch. Und dabei

sollten wir uns eine Frage stellen: Welche Zukunft wollen wir unseren Kindern hinterlassen? Netto-Null bis 2050 ist möglich, wenn wir auf allen Ebenen unser Bestes geben. Die Zukunft beginnt jetzt – fangen wir an!

Auch die Zeit ist eine begrenzte Ressource, weshalb dies hier mein letzter Standpunkt sein wird. Herzlichen Dank an alle meine Wähler:innen, die mir die letzten sechs lehrreichen Jahre im Stadtparlament ermöglicht haben. Es war mir eine Ehre!



Michèle Willimann, Mitglied Grosser Gemeinderat Zug, ALG

## Leserbriefe online

Auf unserem Onlineportal der «Zuger Zeitung», [www.luzernerzeitung.ch/meinung/leserbriefe](http://www.luzernerzeitung.ch/meinung/leserbriefe), werden täglich alle Leserbriefe der aktuellen Ausgabe veröffentlicht sowie weitere Meinungen. Beachten Sie beim Verfassen von Leserbriefen unsere Regeln. Diese lauten wie folgt:  
– Ihr Leserbrief darf maximal 2200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) umfassen.  
– Die Redaktion behält sich ausserdem vor, Leserbriefe zu kürzen.  
– Geben Sie Ihren vollständigen Namen und Ihre Adresse an.